

i.A.22.14.7.3. - CB/SRA

Bern, den 9. Juli 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 28/90

<u>Index</u>	<u>Page</u>
1) Offizieller Arbeitsbesuch des japanischen Aussenministers Taro NAKAYAMA in Bern am 2. Juli 1990	1
2) Bilaterale Bank- und Finanzbeziehungen mit Japan	7
3) Mission économique suisse au Brésil, 2 - 6 juillet 1990	8
4) Conférence sur l'Afrique, Maastricht 2. - 4.7.90	15
5) La Conférence de Ramsar renforce la protection des zones humides en Suisse et à l'étranger	17
6) Treffen der Gäste der Bewegung der Blockfreien (NAM) vom 5. und 6. Juli 1990 in Belgrad	19

1) Offizieller Arbeitsbesuch des japanischen Aussenministers Taro NAKAYAMA in Bern am 2. Juli 1990

Seit Ende des zweiten Weltkrieges hielt sich zum ersten Mal ein japanischer Aussenminister zu einem offiziellen Besuch in Bern auf, wo er von Bundesrat Felber empfangen worden ist. Der hohe Gast zeigte sich vor allem an der Beurteilung der jüngsten Entwicklungen in Europa - namentlich des deutschen Einigungsprozesses - durch die Schweiz interessiert. Auf der Tagesordnung standen ausserdem die EWR-Verhandlungen, die Osteuropahilfe, die Situation in Asien und im Pazifik sowie die Uruguay-Runde, wobei Staatssekretär Blankart dieses Thema mit Minister Nakayama am Rande der Arbeitssitzung erörterte.

Entwicklungen in Europa; deutscher Einigungsprozess

Die Ausführungen Bundesrat Felbers (BRF) zu diesem Themenkreis können stichwortartig wie folgt zusammengefasst werden:

Der deutsche Einigungsprozess ist ein Resultat der historischen Dynamik, es wäre daher ein nutzloses Unterfangen, ihn bremsen zu wollen. Er spielt sich innerhalb der Regeln der KSZE ab, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen. Obwohl selbst Nichtmitglied, unterstützt die Schweiz eine Einbindung des vereinten Deutschlands in die EG. Die Schweiz wünscht, dass die BRD die Ostgrenzen formell anerkennt. Wir betrachten den Plan, die Resultate der 2+4-Verhandlungen durch einen KSZE-Gipfel sanktionieren zu lassen, als eine gute Lösung. Die kürzliche Erklärung Aussenminister Genschers, es gehe darum, ein europäisches Deutschland und nicht ein deutsches Europa zu schaffen, erfüllt uns mit Genugtuung. Die möglichen Auswirkungen der massiven Finanzhilfe der BRD an die DDR auf die Kursentwicklung der DM gegenüber dem SFr. gibt zu einer gewissen Beunruhigung Anlass.

Hilfe für die osteuropäischen Länder

Nakayama (N) weist darauf hin, dass sich sein Land an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beteiligt und Polen und Ungarn bilaterale Hilfe gewährt. Angesichts der enormen Finanzbedürfnisse zum Wiederaufbau der osteuropäischen Staaten und der damit möglicherweise einhergehenden Austrocknung der internationalen Finanzmärkte befürchtet man in Japan eine Erhöhung der Zinssätze und eine Anheizung der Inflation.

Eine Gewährung von Finanzhilfe an die Sowjetunion stellt Japan vor Probleme, zunächst aus politischen Gründen. Das Land konnte noch keinen Friedensvertrag mit der UdSSR abschliessen, welche die Kurilen immer noch militärisch besetzt halten. Gorbatschow wird Japan im kommenden Frühjahr besuchen. Es kann nicht angenommen werden, dass er die Kurilen auf einem "Silbertablett" offerieren würde. Daher ist es kaum möglich, Gelder für die Hilfe an die Sowjetunion zur Verfügung zu stellen, Gelder, die ja von japanischen Steuerzahlern aufgebracht würden. Es stellen sich aber auch Probleme grundsätzlicher Natur da die Sowjetunion über keine marktwirtschaftlichen Strukturen verfügt. Eine Finanzhilfe kann unter diesen Umständen kaum die erhofften Resultate zeitigen. Anlässlich der Tagung der G 24 wird Japan diese Problematik zur Sprache bringen. Schliesslich weist N darauf hin, dass Japan der UdSSR aber Hilfe bei der Kaderausbildung gewährt.

BRF: Die Schweiz teilt weitgehend diese Sicht der Dinge. Das Risiko einer Erhöhung der Zinssätze ist sicher gegeben, intern versuchen wir der davon ausgehenden Inflationsgefahr durch eine restriktive Geldpolitik zu begegnen. Unsere Hilfeleistungen konzentrieren sich im übrigen auf Polen und Ungarn. Die Schweiz hat nicht die Absicht, der DDR Hilfe zu gewähren, wird aber private Initiativen fördern. Die Absicht der EG hinsichtlich einer Hilfe an die Sowjetunion steht vermutlich mit dem deutschen Einigungsprozess in Verbindung, was für uns jedoch kein genügender Rechtfertigungsgrund bilden kann. BRF unterrichtet N über die schweizerische Bereitschaft, kleinen und mittleren Unternehmen Managementhilfe zu gewähren.

Europäische Sicherheit

BRF legt dar, dass die NATO nach Ansicht der USA in ein Instrument der Aussenpolitik umgewandelt werden soll, immer davon ausgehend, dass ein vereinigtes Deutschland integraler Bestandteil bleibt. Wir wohnen zur Zeit der Desintegration der WAPA bei, wobei hier signifikante Unterschiede in der Haltung der verschiedenen Mitgliedstaaten festzustellen sind. Polen z.B. möchte in der Allianz bleiben (Rückendeckung gegen Deutschland), Ungarn will sie verlassen und plädiert für deren Auflösung. Die UdSSR möchte die KSZE in ein Organ umwandeln, das für die Ausgestaltung einer europäischen Sicherheitspolitik verantwortlich wäre. Auch die USA messen seit einiger Zeit der KSZE einen erhöhten Stellenwert bei. Schliesslich erläutert BRF die von der Schweiz eingebrachten Vorschläge hinsichtlich der Methoden der friedlichen Streiterledigung sowie des Minoritätenschutzes. Nach Unterzeichnung eines Uebereinkommens bezüglich der konventionellen Waffen unter den 23 muss nach schweizerischer Auffassung ein Uebereinkommen unter den 35 erzielt werden, das unabdingbare Kontroll- und Verifikationsmechanismen enthält.

Verhandlungen zwischen der EFTA und der EG

BRF erläutert die verschiedenen Interessenlagen der EFTA-Staaten sowie die schweizerische Haltung bezüglich des "acquis communautaire".

Asien und Pazifik

N legt dar, dass sich die japanische Aussenpolitik auf Ostasien konzentriert. Man rechnet damit, dass die in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern eingetretenen Veränderungen sowie der beschleunigte europäische Integrationsprozess früher oder später auch Auswirkungen auf den asiatischen Raum zeitigen werden.

Hinsichtlich der Politik der westlichen Welt gegenüber der Volksrepublik China im Gefolge der Tienanmen-Ereignisse warnt N vor einer Isolierung dieses Landes, die negative Auswirkungen auf den Frieden in Asien und der Welt haben müsste. N vertrat diese Haltung auch gegenüber Staatssekretär Baker, mit dem er im Juni zusammengetroffen ist. N erinnert daran, dass Japan nach dem Pariser-Gipfel von Arche einen dritten Kredit von 810 Mia. Yen suspendiert hat. Sein Land werde am Treffen der G 7 von Houston die Frage der erneuten Kreditgewährung an China aufwerfen.

Japan ermuntert China zur Rückkehr zur Demokratisierung und zur Oeffnung des Landes gegenüber dem Westen. Anlässlich seiner Reise nach China hat Scowcroft verschiedene Forderungen gestellt (Freilassung der politischen Gefangenen, Ausreise des Astrophysikers Fang Lizhi, Wiedenzulassung der Fullbright-Stipendien, ungestörter Empfang sowie Wiedenzulassung von Korrespondenten der "voice of America"). Laut N sind diese Forderungen - offenbar im Hinblick auf den Gipfel der G 7 - weitgehend erfüllt worden.

In einem Tour d'horizon zu einigen asiatischen Konfliktregionen stellt N fest, dass zwischen China und Vietnam zwar Konsultationen stattgefunden haben, die aber nicht zu einer merklichen Verbesserung der beidseitigen Beziehungen führten. Seit der Pariser Kambodschakonferenz hätte es viele Treffen gegeben, so auch in Tokyo. Es erweise sich aber als sehr schwierig, ein Waffenstillstandsübereinkommen zu erzielen.

In Thailand, Singapur, Indonesien und Malaysia hat sich die Wirtschaft stark entwickelt, was auf die Philippinen jedoch nicht zutrifft.

An der ersten, in Canberra durchgeführten Konferenz der APEC (Asian Pacific Economic Cooperation), wo die USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und die 6 ASEAN-Staaten vertreten waren, hat man sich auf die Durchführung von 7 Projekten geeinigt. Japan wird vor allem im Bildungsbereich aktiv. Das nächste Treffen wird am 30./31. Juli 1990 in Singapur durchgeführt. Dabei wird auch über die Hinzuziehung von Taiwan, China und Hongkong gesprochen werden.

Hinsichtlich der Situation auf der koreanischen Halbinsel stellte N fest, dass sich die Position Südkoreas nach dem Treffen zwischen Roh und Gorbatschow verbessert hat. Nordkorea laufe Gefahr, zunehmend isoliert zu werden. Diesem Land komme jedoch für den Frieden in der Region eine Schlüsselrolle zu. Sorge bereitet Japan die Tatsache, dass Nordkorea mit der IAE0 noch kein Kontrollabkommen geschlossen hat. Japan tritt für eine Weiterführung des Dialogs zwischen Nord- und Südkorea ein.

Schliesslich bedankte sich der japanische Gast für die von der Schweiz im Falle der zwei seit 1983 in Nordkorea inhaftierten Seeleute geleisteten guten Dienste, die fortgesetzt werden sollten.

Hinsichtlich der Mongolei weist N auf die in diesem Land vollzogenen Demokratisierungsschritte hin. Der Premierminister sowie der Parlamentspräsident haben Japan einen Besuch abgestattet. Sein Land habe begonnen, der Mongolei Wirtschaftshilfe zu gewähren (Hilfeleistungen in Form von medizinischen Apparaten).

BRF nimmt die von N ausgesprochene Einladung für Frühling 1991 an. (BRF wird an den Inthronisations-Feierlichkeiten vom November 1990 teilnehmen.)

GATT / Uruguay-Runde

Staatssekretär Blankart hatte Gelegenheit, mit Aussenminister Nakayama auch GATT-Probleme zu besprechen. Es bestand Einigkeit über die politische und sachliche Notwendigkeit, die Uruguay-Runde bis Ende Jahr abzuschliessen, am Einbau der "non-economic factors" ins Agrar-GATT festzuhalten sowie dem Dienstleistungs-GATT sämtliche Sektoren, auch Finanzdienstleistungen, zu unterstellen. Ferner sagte Nakayama zu, dass die Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen mit den USA (structural impediment initiatives) erga omnes Anwendung finden sollen.

- 6 -

Am 3. Juli 1990 orientierte der Chef der Politischen Abteilung II, Botschafter Simonin, die Vertreter der OECD-Botschaften in Bern über den Verlauf der Gespräche.

2) Bilaterale Bank- und Finanzbeziehungen mit Japan

Gestützt auf die bilateralen Verhandlungen und den Antrag des Finanz- und Wirtschaftsdienstes beschloss die Eidgenössische Bankenkommission am 2. Juli 1990, in den nächsten Monaten bis zu 10 Banklizenzgesuche japanischer Finanzgesellschaften in der Schweiz zu behandeln. Damit wird ein erster bedeutender Schritt zur Umwandlung der rund 30 japanischen Finanzgesellschaften gemacht, die gemäss am 1. Januar 1990 in Kraft getretener revidierter Bankverordnung bis Ende 1992 Bankstatus erlangen müssen. Ob alle betroffenen Institute bis dann eine Banklizenz erhalten werden, hängt neben der Erfüllung banktechnischer Voraussetzungen auch davon ab, ob die Schweizer Behörden die Reziprozität als gegeben erachten. Dies wird wiederum von den weiteren Liberalisierungsschritten Japans und den spezifischen Konzessionen abhängen, die uns Japan in künftigen bilateralen Verhandlungen zugesteht. Immerhin ist Japan zugesichert worden, dass die Schweizer Behörden nicht die Absicht haben, Finanzinstitute nach Ablauf der Umwandlungsfrist Ende 1992 vom Finanzmarkt zu verdrängen, nur weil das Gegenrecht als nicht genügend erachtet wird. Zur Vermeidung von Härtefällen ist in Aussicht gestellt worden, die Umwandlungsfrist wenn nötig fallweise zu verlängern oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Die somit einstweilen zugesagte Gewährung von 10 Lizenzen ist vom japanischen Finanzministerium mit grosser Befriedigung aufgenommen worden und wird als Zeichen für unsere liberale Politik und die Offenheit des Finanzplatzes Schweiz verstanden.

3) **Mission économique suisse au Brésil, 2-6 juillet 1990**

1. Programme et objectifs (*)

Le Conseiller fédéral J.-P. Delamuraz (CFD) s'est rendu la semaine dernière au Brésil à la tête d'une importante délégation économique mixte. Première du genre à s'être rendue à l'étranger à ce niveau, la délégation comprenait l'Ambassadeur D. de Pury, délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, et une trentaine de personnalités dirigeantes de l'économie sous la conduite du Président P. Borgeaud du Vorort.

La mission avait trois objectifs :

- témoigner de l'engagement extraeuropéen de la Suisse à un moment où notre pays se concentre de manière parfois trop exclusive sur l'Europe;
- relancer nos relations avec notre principal partenaire économique en Amérique latine, le Brésil, à un moment où celui-ci, pour la première fois en plus de quarante ans, s'appête à ouvrir son économie à la concurrence mondiale (Plan Collor);
- et, de manière plus concrète, entamer des négociations, autant sur le plan bilatéral que multilatéral, sur les conditions cadres de nos échanges économiques.

(*)(le point 1. de ce texte avait été repris dans les "Informations hebdomadaires rapides" 28/90.)

La mission intervenait à un moment particulièrement propice. Non seulement elle était la première délégation de cette importance - sa composition mixte lui conférait une dimension supplémentaire par rapport à une visite officielle ou une mission d'hommes d'affaires - à rencontrer le nouveau président brésilien et ses principaux ministres. Mais encore, elle arrivait à Brasilia trois jours seulement après l'annonce, par les autorités brésiliennes, du volet "ouverture du marché brésilien aux produits et aux investissements étrangers". C'est ainsi que la délégation a été extrêmement bien reçue tant à Brasilia, qu'à São Paulo et à Rio de Janeiro et qu'elle a bénéficié d'un fort impact médiatique.

Les trois objectifs énoncés ci-dessus ont pu être atteints au-delà de toute espérance. Les contacts noués à Brasilia avec le Président Collor, la Ministre de l'économie et des finances Cardoso, le Ministre des affaires étrangères Rezek, d'autres membres du gouvernement ainsi que le Président de la Banque centrale et, à São Paulo et Rio, avec le secteur privé brésilien de même que la communauté économique suisse du Brésil ont permis de réaliser une véritable percée dans les relations économiques suisses avec le Brésil.

2. Impressions générales et résultats de la mission

2.1. Les chances du plan Collor

La nouveauté du plan Collor, par rapport aux nombreux plans qui l'ont précédé, se situe dans son volet microéconomique. C'est la première fois que le Brésil, protectionniste depuis des décennies, décide d'ouvrir son marché aux exportateurs et investisseurs étrangers. Ce pas révolutionnaire vers une véritable économie de marché est une indication que le Brésil - huitième puissance économique du monde - a réalisé que le contexte mondial a changé et que sa seule chance de survie est d'abandonner sa stratégie

de substitution des importations et de se jeter résolument dans une stratégie d'exportation.

Le secteur privé surtout manifeste davantage d'optimisme quant aux chances de réalisation à moyen et à long terme de ce volet microéconomique du programme Collor que quant à celles du volet macroéconomique du plan : libéralisation massive de fonds privés, gel des prix relâché progressivement etc, bref une attaque frontale contre l'inflation, devenue une deuxième nature du Brésil et des Brésiliens. Ce n'est pas la première fois que les Brésiliens se voient soumis à ce traitement de choc et nombreux sont ceux qui à la fois craignent et constatent une reprise de l'inflation.

Dans l'ensemble pourtant, la détermination du jeune et dynamique Président Collor (41 ans) et de sa Ministre de l'économie Zelia Cardoso (36 ans) paraît grande. Aussi, les jeunes du pays et une majorité du secteur privé paraissent-ils vouloir la réussite du plan Collor. Le Brésil, enfin, est un pays ambitieux qui veut jouer un rôle dans le monde de plus en plus globalisé d'aujourd'hui. Autant d'éléments qui font penser que le plan Collor a une chance réelle de transformer le Brésil. Cela même si les obstacles autant politiques que de développement paraissent énormes. La population du Brésil (plus de 140 millions d'habitants) a plus que triplé depuis la deuxième guerre mondiale et les problèmes de sous-développement de vastes régions et couches de la population demeurent énormes.

Sur le plan politique, il se confirme au Brésil comme ailleurs qu'il n'est pas aisé de jouer simultanément le jeu de la démocratisation politique et de la libéralisation économique. Les prochaines élections au parlement et dans les Etats (gouverneurs) seront un formidable test politique pour le président et son programme. Ce qui, paradoxalement, pourrait l'aider est le fait que personne ne s'attend à ce que le petit parti qu'il a créé pour se faire élire devienne majoritaire, mais que tout le monde pense que Collor reste un président populaire qui gouvernera par dessus la tête du parlement en faisant directement appel au soutien du peuple.

Dans l'ensemble donc un constat d'espoir. Le Brésil veut réussir et c'est surtout cette volonté qui a frappé durant la visite.

2.2. Résultats de la visite

C'est dans ce climat d'extraordinaire espoir que CFD, s'adressant à la communauté économique suisse au Brésil, a lancé le défi d'un doublement des investissements suisses dans ce pays d'ici l'an 2000. En devenant le troisième investisseur étranger au Brésil - après les Etats-Unis et la RFA et ex aequo avec le Japon - la Suisse a prouvé qu'elle sait réussir au Brésil. Plus de 250 entreprises suisses y sont actives aujourd'hui, de sorte que notre économie est en excellente position pour tirer le meilleur parti d'un redémarrage économique du Brésil. Les entretiens menés à Brasilia ont porté sur la création de conditions cadres optimales - bilatérales et multilatérales - pour la relance des relations économiques helvético-brésiliennes.

Au titre des conditions cadres bilatérales, CFD est convenu avec la Ministre de l'économie Cardoso d'entamer immédiatement des pourparlers visant la conclusion d'un accord de double imposition et d'un accord sur la promotion et la protection des investissements. Les négociations bilatérales au titre de l'Uruguay Round sur la réduction des obstacles tarifaires et non tarifaires vont également se poursuivre à Genève. CFD a également laissé entrevoir l'octroi au Brésil d'un crédit mixte pour la construction dans une des régions défavorisées du pays d'une centrale d'énergie solaire (intérêt d'Asea Brown Boveri).

Quant aux conditions cadres multilatérales, CFD a abordé avec ses interlocuteurs brésiliens les nombreux problèmes ayant trait au cycle de l'Uruguay du GATT et à la dette brésilienne.

Pour ce qui est du cycle de l'Uruguay, le Brésil a très nettement changé de ton et d'attitude. Alors que jusqu'ici le Brésil n'a fait que compliquer et freiner la négociation de Genève, les interlocuteurs de CFD de la nouvelle équipe gouvernementale l'ont assuré que le Brésil avait dorénavant l'ambition d'atteindre d'ici la fin de l'année un résultat négociatoire substantiel. Cela vaut surtout pour les règles du jeu du commerce mondial (clause de sauvegarde p. ex.). Un changement d'attitude peut être constaté également

dans le domaine clé dans la protection de la propriété intellectuelle. La décision présidentielle de préparer une nouvelle loi sur la propriété intellectuelle, contenant la protection des brevets pharmaceutiques (produits finis et processus de fabrication), est un pas dans la bonne direction. Il y a bon espoir qu'à Genève le Brésil abandonnera son opposition intransigeante à l'introduction des normes de la protection de la propriété intellectuelle dans l'accord du GATT. Si aucune promesse n'a été faite à ce sujet, les discussions - également au niveau des hauts fonctionnaires - ont laissé la très nette impression que la position brésilienne étant en voie de révision. Toujours au titre du cycle de l'Uruguay, CFD a bien entendu fait l'objet de pressions dans le secteur agricole. Comme beaucoup d'autres membres du groupe de Cairns, le Brésil également établit un lien entre l'agriculture, où la Suisse est sur la défensive, et la propriété intellectuelle, où la Suisse est dans l'offensive.

Quant à la dette, les Brésiliens ont assuré CFD qu'ils voulaient régulariser leur situation vis-à-vis du Fonds monétaire international, de la Banque mondiale, du Club de Paris et des banques commerciales d'ici l'automne. Les négociations avec le FMI et les contacts avec les banques ont déjà commencé. CDF a exprimé à ses interlocuteurs les conditions d'une réactivation de la garantie des risques à l'exportation (GRE), actuellement suspendue pour le moyen et long terme. Les arriérés de paiements du Brésil vis-à-vis de la Suisse (dette publique) se montent actuellement à 14 millions de dollars. Les interlocuteurs de CFD lui ont fait savoir qu'ils seraient désireux d'examiner une régularisation accélérée de la situation de la Suisse vis-à-vis du Brésil. Des pourparlers à ce sujet vont être entamés immédiatement par l'Ambassade à Brasilia. En résumé, le Brésil donne l'impression d'avoir voulu mettre sur pied tous les volets de son ambitieux programme économique - ce qui est aujourd'hui chose faite - avant de s'occuper de sa dette. Cela explique le retard pris par le Gouvernement Collor. Les choses devraient maintenant s'accélérer et le Brésil sera sans doute le prochain pays à bénéficier à la fois du plan Brady et du plan Bush (désendettement public).

CFD a abordé avec les Brésiliens également les problèmes en rapport avec le secteur de l'informatique. Jusqu'ici le Brésil cherchait à favoriser son industrie de l'informatique en

fermant son marché à toute concurrence étrangère. Cette politique touche à sa fin, puisque Collor va là aussi introduire une nouvelle loi.

CFD a d'ailleurs remis à ses interlocuteurs deux aide-mémoire, l'un sur la protection de la propriété intellectuelle (notamment aspects GATT), l'autre sur l'urgence d'ouvrir le marché de l'informatique.

3. Conclusions et follow-up

Au moment où le Brésil prend un nouveau départ, les bases ont été créées pour un redémarrage également de nos relations économiques bilatérales. Cela présuppose bien entendu un gros effort dans le suivi de la visite. Mis à part les négociations bilatérales qui vont commencer - dans les secteurs des investissements, de la double imposition, des obstacles tarifaires et non tarifaires et de la dette -, les étapes suivantes ont été prévues dans le cadre de la relance de nos relations :

- Octobre 1990: assemblée générale de la Chambre de commerce suisse-brésilienne à Berne, avec participation si possible d'une haute personnalité brésilienne.
- Octobre / novembre 1990: atelier (workshop) sur la coopération économique entre la Suisse et la Brésil organisé par l'OSEC et patronné par le Vorort, le VSM, la SSCI, la Chambre de commerce latino-américaine en Suisse et la Chambre de commerce suisse-brésilienne.
- Février 1991: Visite du Président Collor à Davos (symposium) et si possible à Berne avec rencontre avec la délégation économique qui vient de se rendre au Brésil.

Dernière remarque :

Il ne fait pas de doute que la formule "Délégation mixte" est une excellente formule, du moins pour certains pays. Elle avait été déjà utilisée avec succès, à un niveau moins élevé (ambassadeur de Pury), deux mois après l'avènement du Président Salinas au Mexique (avril 1989). Les relations entre la Suisse et le Mexique sont aujourd'hui en voie de relance : visite Salinas en Suisse, négociation d'un accord-cadre. Nous serions bien avisés de persévérer dans cette voie, surtout à un moment où nous sommes en danger de négliger nos relations économiques extraeuropéennes, plus importantes que jamais. C'est ainsi que d'entente avec le Vorort, CDF prévoit une mission du même type durant le premier semestre de 1991 et ceci en Corée et dans un pays de l'ASEAN.

4) Conférence sur l'Afrique, Maastricht 2.-4.7.90

Sur l'initiative et à l'invitation des autorités néerlandaises, une conférence sur le développement de l'Afrique a réuni la plupart des ministres du plan ou des finances de l'Afrique, les responsables des organisations internationales et les ministres de la coopération ou les directeurs d'agences de coopération des pays bailleurs de fonds. La Suisse y était représentée par une délégation conduite par l'Ambassadeur F.R. Staehelin, Directeur de la DDA. Sur la base des études publiées notamment par la Banque mondiale (De la crise à une croissance durable), par la Commission Economique pour l'Afrique (Cadre africain de référence pour les programmes d'ajustement structurel), par le PNUD (Human Development Report 1990), un consensus s'est dégagé sur six principes fondamentaux:

- le développement de l'Afrique est un processus de transformation à long terme qui ne devrait pas être subordonné aux exigences de réforme à court et moyen termes,
- il est fondé sur les ressources humaines,
- une stratégie de développement fondée sur les ressources humaines ne réussira qu'avec le rétablissement de la croissance de la production,
- le développement exige un effort plus poussé d'intégration et de coopération régionales,
- les gouvernements africains et les donateurs devront déployer des efforts spéciaux pendant les années 90 pour mobiliser des ressources pour financer des programmes de développement,
- ces efforts n'aboutiront à rien sans une amélioration de l'art de gouverner.

Les débats ont été empreints d'un caractère nouveau: peu de langue de bois et de clichés, aucune confrontation Nord-Sud, mais un engagement impressionnant de nombreux Africains qui procèdent à des analyses lucides et qui soulignent que, pour devenir réalité, les principes du consensus doivent être bien adaptés aux situations et aux possibilités locales. Ainsi la démocratie nécessaire ne doit pas aboutir à la lutte et à la paralysie entre factions, la privatisation ne signifie pas le rachat à bon compte des entreprises d'Etat par des profiteurs de l'ancien régime. La volonté de changement, mais aussi l'affirmation de la spécificité des sociétés civiles nationales, étaient perceptibles dans de nombreuses interventions, tant africaines que des bailleurs de fonds. Le dialogue sur

les politiques de développement et la coordination des aides prendront tout leur sens dans un cadre national.

Le suivi de cette conférence ne sera pas assuré par un secrétariat nouveau - comme certains le suggéraient - mais par un comité formé des deux co-présidents de la Conférence, Quett Masire, président du Botswana et R. McNamara, anc. président de la Banque mondiale, et de Jan Pronk, ministre néerlandais de la coopération.

Il est important que l'esprit de cette conférence se maintienne. La conférence de Paris en septembre prochain sur les pays les mois avancés (PMA) en constitue la première échéance au plan multilatéral.

L'Uganda (présidence de OUA l'année prochaine) s'est proposé d'organiser une nouvelle conférence dans le 2e semestre de 1991 afin de maintenir le momentum politique de la rencontre de Maastricht.

La Délégation Suisse, en s'associant au consensus résumé ci-dessus, a mis l'accent sur le renforcement de la capacité des pays africains et de leurs populations à maîtriser leur propre développement - ce qui reste l'objectif primordial. Il passe par une diversification de la société civile et la mise en place de structures démocratiques dans lesquelles une majorité respecte les minorités et où ceux qui exercent le pouvoir sont responsables à l'égard de la société dans son ensemble. Cette maîtrise passe aussi par une amélioration du fonctionnement des institutions nationales et leur ouverture vers le secteur privé, les ONG, les mouvements d'autopromotion. Les relations économiques extérieures doivent aussi être mieux maîtrisées: participation profitable aux échanges internationaux, solutions adéquates et novatrices aux problèmes du surendettement. La coordination régionale est surtout affaire de volonté politique des Etats concernés. Finalement pour répondre au souci exprimé par plusieurs délégations africaines, il a été rappelé que le Conseil fédéral avait clairement déclaré que l'aide suisse à l'Europe centrale et orientale ne sera pas au détriment de la coopération avec le tiers-monde.

5) La Conférence de Ramsar renforce la protection des zones humides en Suisse et à l'étranger

La Quatrième Conférence des Parties contractantes à la Convention de Ramsar relative aux zones humides d'importance internationale particulièrement comme habitats des oiseaux d'eau, qui s'est tenue à Montreux du 27 juin au 4 juillet 1990 sous la présidence du Professeur Pierre Goeldlin, Directeur du Musée cantonal de zoologie de Lausanne, a permis de renforcer sensiblement la protection de ces zones en Suisse même. Notre pays a saisi cette occasion pour inscrire six nouvelles zones d'importance internationale, dont 40 km situés sur la rive sud du Lac de Neuchâtel. Une exposition nationale itinérante, créée pour l'occasion, circulera désormais dans les quatre régions linguistiques du pays. De même, plusieurs publications sur le thème des zones humides ont vu le jour.

Cette Conférence a attiré 400 personnes venues de 90 pays: fonctionnaires gouvernementaux, scientifiques et spécialistes des zones humides.

Cinq pays - le Burkina Faso, l'Equateur, Sri Lanka, le Tchad et la Tchécoslovaquie - ont annoncé qu'ils avaient ratifié la Convention portant ainsi à 62 le nombre de Parties contractantes. Lorsque la Conférence s'est ouverte, 490 zones humides étaient inscrites sur la Liste des sites protégés. Aujourd'hui, avec les nouveaux sites en France, en Suisse et dans les îles Turques et Caïques (Caraïbes), ce chiffre est supérieur à 500. L'Union soviétique a annoncé qu'elle comptait désigner seize nouveaux sites d'une superficie totale de 8 millions d'hectares. Tout aussi encourageante a été la promesse faite par la Pologne d'inscrire une portion de 400 km du cours moyen de la Vistule sur la Liste des sites protégés.

Une proposition des Etats-Unis concernant la création d'un Fonds mondial de conservation des zones humides destiné à apporter une assistance technique aux pays en développement pour la protection et "l'utilisation rationnelle" des zones humides a bénéficié d'un soutien unanime et enthousiaste.

Le budget du Secrétariat de la Convention de Ramsar sis à Gland (Vaud), a été fixé à 3,26 millions de francs suisses (environ 2,33 millions de dollars E.U.) pour les trois prochaines années (1991-1993). Bien qu'encore modeste, cette somme représente près du double du budget pour 1988-1990. Dans ce contexte, la Suisse continuera à soutenir les efforts particuliers des pays d'Afrique de l'Ouest, ceci par le biais d'une contribution volontaire de 100'000 francs par année. Cette aide est nécessaire si l'on veut maintenir les grandes routes de migration nord/sud fréquentées par de nombreux oiseaux de chez nous.

L'offre du Japon d'accueillir la prochaine Conférence de Ramsar à Kushiro, sur l'île de Hokkaido, en 1993 a été acceptée.

La délégation suisse était conduite par l'Ambassadeur Jean-Pierre Keusch, Directeur de la DOI du DFAE. Dans son allocution d'ouverture de la Conférence, M. Keusch a particulièrement souligné l'importance des zones humides comme observatoires des changements que connaît actuellement l'environnement mondial, notamment le changement du climat, et comme sanctuaires pour la préservation et l'étude de la diversité biologique. Ce thème a été repris par plusieurs orateurs au cours des travaux de la Conférence.

6) Treffen der Gäste der Bewegung der Blockfreien (NAM) vom 5. und 6. Juli 1990 in Belgrad

(Schweizerische Delegation: Herr Josef Aregger, stv. Leiter des Politischen Sekretariats, Botschaftsrat Denis Feldmeyer und Herr Denis Knobel, Schweizerische Botschaft Belgrad)

Auf Einladung des jugoslawischen Aussenministers Budimir Loncar versammelten sich in Belgrad ausser San Marino und Neuseeland alle Staaten mit Gaststatus in der Bewegung der Blockfreien. Das kurzfristig einberufene Treffen diente nach den Worten Loncars dazu, die wachsende Bedeutung der Gäste des NAM zu unterstreichen und die Meinung der Teilnehmer über die Bewegung sowie über die globale Lage und die künftigen Herausforderungen zu hören. Jugoslawischerseits war man überdies offensichtlich bemüht, den Willen zum Wandel zu demonstrieren. Man sei auch offen für Kritik.

Die grösstenteils unvorbereiteten Statements der 17 Delegationen verwiesen auf folgende Hauptaufgabengebiete des NAM in der sich wandelnden globalen Lage:

1. Beitrag zur Lösung von Regionalkonflikten
2. Abbau des Nord-Süd-Gegensatzes
3. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten
4. Förderung der multilateralen Zusammenarbeit insbesondere im Rahmen des UNO-Systems

Eine eigentliche Diskussion kam nicht zustande. Davon, dass die Blockfreien angesichts des Verschwindens der Blöcke ausgedient haben könnten, war höchstens unter einzelnen Delegierten die Rede. Allgemein herrschte die Meinung vor, die Bewegung würde mit veränderter Rolle weiter existieren. Eine besondere Sorge der Gastgeber kam in einem kurzen eigens anberaumten Treffen der N+N am Rande zum Ausdruck. Die anwesenden Vertreter der vier Neutralen betonten, sehr zur Zufriedenheit der jugoslawischen Seite, die weitere Nützlichkeiit der Zusammenarbeit der N+N, die sich insbesondere auch in der soeben zu Ende gegangenen Kopenhagener Konferenz gezeigt habe. Der Schlussteil der Veranstaltung diente den Gastgebern dazu, ein spezielles Anliegen der Blockfreien im Mittelmeerraum den Anwesenden vorzulegen. Es ging um das Ergebnis der dritten Ministerkonferenz der blockfreien Staaten des Mittelmeerraums, die am 25. und 26. Juni in Algier getagt hat. Die Konferenz hat Jugoslawien, Algerien und Aegypten mandatiert, mit Europa und insbesondere der EG und den europäischen Mittelmeerländern, Kontakt aufzunehmen, um die gemeinsamen Ziele Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu fördern. Man erwartet zudem, dass die N+N bei der Herstellung von Kontakten zur KSZE bis hin zur - wie auch immer gearteten - Mitarbeit in der KSZE behilflich sein könnten.

Abschliessend gab Loncar bekannt, dieses informelle Treffen solle von weiteren dieser Art gefolgt sein.

J. Staehelin

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

 Ja
 Nein

Priorität

 Norm.
 Dring.
 Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 28/90 du 09.07.1990

- 1) Ministérielle du G-24 - Bruxelles le 4.7.1990 (assistance coordonnée à l'Europe centrale et orientale)
- 2) Offizieller Arbeitsbesuch des japanischen Aussenministers Taro Nakayama bei Bundesrat Felber (2. Juli 1990)
- 3) Mission économique suisse au Brésil, 2-6 juillet 1990
- 4) Besuch des albanischen Vize-Aussenministers
- 5) Entretien SE Jacobi avec Sir Patrick Wright, Permanent Under-Secretary au FCO (X), 6 juillet 1990

1) Ministérielle du G-24 - Bruxelles le 4.7.1990
 (assistance coordonnée à l'Europe centrale et orientale)

1. Lors de la première réunion ministérielle de décembre dernier, le Groupe avait arrêté le principe d'une extension de l'aide, au-delà de la Pologne et de la Hongrie, également à la RDA, à la CSFR, à la Bulgarie et à la Yougoslavie au fur et à mesure de la

Datum: 09.07.1990

Tel. intern 30 66

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

mise en place des réformes politiques et économiques. Lors de la deuxième séance à niveau ministériel du Groupe le 4.7, l'occasion a, dans une première phase, été donnée aux MAE de ces six pays d'Europe orientale et de l'Est de s'exprimer. Compte tenu des récents événements à Bucarest, la Roumanie n'avait pas été invitée. Si les six Ministres se sont plu à relever leur détermination dans la mise en oeuvre des conditions d'une économie de marché, les accents marquaient les différences dans les situations individuelles. CSFR, Bulgarie et Yougoslavie ont fait état de goulots d'étranglement financier.

2. La deuxième partie de la séance des 24 entre eux a permis à la CCE de faire "entériner" son plan d'action et une orientation des travaux fondée sur l'amélioration de l'accès au marché, l'approvisionnement agro-alimentaire, la protection de l'environnement, la formation et la promotion des investissements et la modernisation industrielle. Les Ministres ont, par ailleurs, souligné de clairs critères de conditionnalité politique et économique ainsi que le souhait de développement conjoint des programmes coordonnés lorsque cela est possible.

3. Des vues divergentes ont surgi au sujet de l'opportunité d'une inclusion de la Roumanie au nombre des pays récipiendaires. Italie et France, notamment sous l'influence d'une mission de la "troika" qui venait de rentrer de Bucarest, ont fait valoir que l'assistance est de nature à favoriser la réforme. Ces deux pays ont cependant dû s'incliner devant l'avis de la grande majorité qui a considéré que les conditions d'une extension ne sont pas

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>					

remplies.

4. Face aux besoins financiers croissants de toute une série de pays causés, d'une part, par les situations défavorables de balances de paiements et, d'autre part, par les efforts en vue de rendre leurs monnaies progressivement convertibles, le Vice-Président de la CCE Andriessen a suggéré mise en place d'une facilité financière de restructuration multifonctionnelle de 10 milliards ECU. L'accueil fut plus que mitigé et la CCE a été invitée à réfléchir ultérieurement à l'idée.

5. Bien que l'URSS ne fasse pas partie des pays couverts par l'action du G-24, les Ministres ont exprimé leurs soucis face à ce qu'ils ont considéré comme un risque croissant d'isolement. M. Genscher a clairement relevé l'urgence d'un appui financier massif en tant que catalyseur indispensable de la dynamique des réformes. D'un autre côté, notamment les Etats-Unis et surtout le Japon ont fait preuve d'une grande retenue à cet égard. Compte tenu de la décision du Conseil européen de Dublin des 25/26.6 invitant la CCE à élaborer, en consultation avec les autorités soviétiques, des propositions sur des crédits à court terme et le soutien à apporter à plus longue échéance aux réformes structurelles, le Groupe a décidé d'attendre la prise de position de Bruxelles. Pour sa part le Conseiller fédéral Felber, qui a dirigé la délégation suisse, a proposé l'élaboration dans un cadre type G-24 ou OCDE, d'entente avec les autorités soviétiques, d'une plate-forme macro-économique et monétaire comme préalable à une action financière d'envergure. L'attitude

5.87 80 000 39665

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern. _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>				
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender

Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

face à l'URSS constitue l'un des centres de gravité du Sommet de Houston.

6. A relever, enfin, que le Secrétaire d'Etat Baker a suggéré une action du type G-24 pour l'Amérique centrale. Les Etats-Unis ont également proposé, pour les pays d'Europe centrale et de l'Est ayant atteint un niveau suffisant de réformes, la création d'un statut de membre affilié à l'OCDE.

2) Offizieller Arbeitsbesuch des japanischen Aussenministers Taro Nakayama bei Bundesrat Felber (2. Juli 1990)

Es war das erste Mal seit Ende des 2. Weltkrieges, dass sich ein japanischer Aussenminister zu offiziellen Gesprächen in Bern aufhielt. Der japanische Gast war vor allem an der Beurteilung der jüngsten Entwicklungen in Europa - namentlich des deutschen Einigungsprozesses - durch die Schweiz interessiert. Auf der Tagesordnung standen ausserdem die EWR-Verhandlungen, die Osteuropahilfe, die Situation in Asien und im Pazifik. Am Rande der Arbeitssitzung erörterte Staatssekretär Blankart mit dem japanischen Aussenminister Themen bezüglich GATT und Uruguay-Runde. Hinsichtlich der westlichen Politik gegenüber der Volksrepublik China warnte Nakayama davor, dieses Land zu isolieren. Nach seiner Ansicht habe China die von den Amerikanern gestellten Bedingungen zur Wiederaufnahme der Finanzhilfe zum grossen Teil erfüllt. Japan werde dieses Thema anlässlich der Tagung der G 24

Datum: _____	Visum:
Tel. intern _____	

5.87 80 000 30665

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

5

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

und G 7 aufgreifen. Hinsichtlich einer Hilfe an die Sowjetunion verfolgt Japan eine weit restriktivere Politik, einmal aus politischen Gruenden (Fortdauer der militaerischen Besetzung der Kurilen durch die Sowjetunion, Fehlen eines Friedensvertrages) sowie wirtschaftlichen Gruenden (keine marktwirtschaftlichen Strukturen). Bundesrat Felber akzeptierte eine vom Aussenminister ausgesprochene Einladung fuer einen Besuch Japans im kommenden Fruehjahr (Ausfuehrlichere Gespraechsnotiz in Teil II).

3) Mission économique suisse au Brésil, 2-6 juillet 1990

1. Programme et objectifs

Le Conseiller fédéral J.-P. Delamuraz (CFD) s'est rendu la semaine dernière au Brésil à la tête d'une importante délégation économique mixte. Première du genre à s'être rendue à l'étranger à ce niveau, la délégation comprenait l'Ambassadeur D. de Pury, délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, et une trentaine de personnalités dirigeantes de l'économie sous la conduite du Président P. Borgeaud du Vorort.

La mission avait trois objectifs:

- témoigner de l'engagement extraeuropéen de la Suisse à un moment où notre pays se concentre de manière parfois trop exclusive sur l'Europe
- relancer nos relations avec notre principal partenaire économique en Amérique latine, le Brésil, à un moment où

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

celui-ci, pour la première fois en plus de quarante ans, s'apprête à ouvrir son économie à la concurrence mondiale (Plan Collor)

- et, de manière plus concrète, entamer des négociations, autant sur le plan bilatéral que multilatéral, sur les conditions cadres de nos échanges économiques.

La mission intervenait à un moment particulièrement propice. Non seulement elle était la première délégation de cette importance - sa composition mixte lui conférait une dimension supplémentaire par rapport à une visite officielle ou une mission d'hommes d'affaires - à rencontrer le nouveau président brésilien et ses principaux ministres. Mais encore, elle arrivait à Brasilia trois jours seulement après l'annonce, par les autorités brésiliennes, du volet "ouverture du marché brésilien aux produits et aux investissements étrangers". C'est ainsi que la délégation a été extrêmement bien reçue tant à Brasilia, qu'à Sao Paulo et à Rio de Janeiro et qu'elle a bénéficié d'un fort impact médiatique. Les trois objectifs énoncés ci-dessus ont pu être atteints au-delà de toute espérance. Les contacts noués à Brasilia avec le Président Collor, la Ministre de l'économie et des finances Cardoso, le Ministre des affaires étrangères Rezek, d'autres membres du gouvernement ainsi que le Président de la Banque centrale et, à Sao Paulo et Rio, avec le secteur privé brésilien de même que la communauté économique suisse du Brésil ont permis de réaliser une véritable percée dans les relations économiques suisses avec le Brésil. (voir texte dans "Informations hebdoma-

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F. I.

Absender

Seite-Nr.

7

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

daires normales'').

4) Besuch des albanischen Vize-Aussenministers

Am 3. Juli empfangen Staatssekretär Jacobi und Botschafterin von Gruenigen den Vize-Aussenminister von Albanien, Mohamed Kaplani (K.) Die Gespräche drehten sich vornehmlich um die Stellung von Albanien zur KSZE. Albanien möchte möglichst rasch voll an der KSZE teilnehmen, also spätestens an der Nachfolgekonferenz in Helsinki 1992, doch wenn möglich schon früher. Albanien, das an der Konferenz über die Menschliche Dimension in Kopenhagen erstmals als Beobachter zugelassen wurde, möchte diesen Status auch im KSZE-Gipfelvorbereitungskomitee, welches am 10. Juli in Wien die Arbeit aufnimmt, beibehalten. Wie Albanien die Bestimmungen der KSZE in die Tat umsetzen möchte, konnte K. nicht glaubhaft darlegen. Er beteuerte, Albanien befinde sich in einem Demokratisierungsprozess. Er verwies auf Massnahmen im legislativen Bereich, beispielsweise die Möglichkeit, dass sich bei Wahlen mehrere Kandidaten stellen können. Seiner Meinung nach würde sich in Albanien trotz Einparteiensystem der Pluralismus verwirklichen lassen. Auf das Wirtschaftssystem bezogen, stellte K. Reformen in Aussicht, die zu einem 'New Economic Mechanism' führen sollten, d.h. der Verlagerung der Entscheidung aus den zentralen Ministerien in die Unternehmen. Dabei nahm K. aber nicht auf die Marktwirtschaft Bezug. Wir machten den Gästen

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern: _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

8

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

deutlich, dass Albanien noch einen beträchtlichen Weg zurücklegen müsste, bis es rechtsstaatlich und demokratisch den KSZE-Standard erreicht habe, und dass es zwischen der Plan- und der Marktwirtschaft keine gangbaren Zwischenlösungen gebe. Die Schweiz begrüsst es, dass Albanien an der KSZE als Beobachter teilnimmt. Unserer Ansicht nach sollte es diesen Status bei allen wichtigen Veranstaltungen erhalten und mindestens bis zur Nachfolgekonferenz in Helsinki beibehalten. Frühestens zu diesem Zeitpunkt sollte über eine volle Teilnahme entschieden werden. In der Zwischenzeit sollte Albanien die Reformen so rasch als möglich vorantreiben, um 'KSZE-fähig' zu werden. Der Besuch in Bern fand statt, bevor die Nachricht vom Ansturm auf die Botschaften in Tirana bekannt wurde.

5) Entretien SE Jacobi avec Sir Patrick Wright, Permanent Under-Secretary au FCO (X), 6 juillet 1990.

A l'occasion d'un séminaire de Chatham House sur les finalités de la Communauté européenne, auquel il participait pour présenter le point de vue d'un Etat non-membre, SE Jacobi a eu au FCO un entretien avec son homologue britannique. Trois sujets ont été abordés.

1. Aide au pays de l'Est.

Pour X, il faut tenir compte des différences entre ces pays, que l'on a traités plus ou moins de la même façon au cours de ces

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern. _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

9

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

dernières décennies. Des conditions doivent être mises à l'aide qui leur est apportée. Dans le cas de la Bulgarie, par exemple, le Gouvernement britannique n'entend pas fournir une aide pour le moment, mais constate quand même que des progrès sont faits dans le sens de la démocratisation.

Quant à l'aide à l'URSS, l'Occident est divisé. La RFA et la France préconisent une aide massive, le Royaume-Uni et d'autres en revanche estiment qu'une assistance financière n'est pas ce dont l'URSS a besoin, car elle ne serait pas en état de l'absorber. Déjà elle n'utilise pas la ligne de crédit dont elle dispose de l'Angleterre. Ce serait une erreur que de verser de l'argent dans un ''trou noir''. Même si les Allemands ont des raisons qui leur son propres, il ne serait pas opportun que la Communauté ou le G24 fournissent une assistance économique.

2. Afrique du Sud,

Mandela a fait une forte impression sur Mme Thatcher. Sa visite à Londres a montré que le leader de l'ANC et le Président De Klerk sont plus proches qu'on ne le perçoit généralement. Mandela est arrivé à établir une relation remarquable avec De Klerk. Les deux ont besoin d'aide, dit X. Le désaccord entre Mme Thatcher et Mandela au sujet des sanctions n'est pas dramatique. Mandela a laissé entendre qu'il pourrait y avoir suffisamment de progrès d'ici la fin de l'année pour que les sanctions puissent être levées. On ne saurait donc exclure que la Communauté renonce aux sanctions. L'Angleterre a déjà levé les sanctions bilatérales dans le domaine des investissements et du tourisme. L'embargo des

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern. _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F. I.

Absender

Seite-Nr.

10

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

Nations Unies sur les livraisons d'armes, en revanche, demeurera encore longtemps en vigueur.

3. CSCE.

Le Royaume-Uni ne voit pas la nécessité de créer de nouvelles institutions. Lors du sommet de novembre, il s'agira d'examiner dans quelle mesure les arrangements existants sont adaptés aux nouvelles tâches qui attendent la CSCE. Le souci de Londres est que la CSCE ne vide pas l'OTAN de sa substance, car l'OTAN doit rester le principal pilier de la sécurité de l'Ouest. Elle présente l'avantage irremplaçable de maintenir l'engagement de l'Amérique du Nord pour la défense de l'Europe. J. Staehelin.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____

Visum:

Tel. intern _____



L.A. 22.14.7.8.

Presse- und Infodienst EDA

Bern, den

10.07.1990

Interne Verteilerliste

IH + DP 28/90 vom 9. Juli 1990

Betrifft:

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAT
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädardsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste + Vertrauliche Umschläge:	Hr. Bill	BH

- Hr. Lorétan, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)
- alle Bundesräte (für Info hebdo)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP